

# **Abiturprüfung 2004**

## **GESCHICHTE**

als Grundkursfach

**Arbeitszeit: 210 Minuten**

Der Prüfling bearbeitet **z w e i** Aufgaben nach seiner Wahl.

Als Hilfsmittel kann ein zugelassener Geschichtsatlas benutzt werden.

Am Ende jeder Teilaufgabe steht die maximal erreichbare Anzahl von Bewertungseinheiten (BE).

BAYERN AUF DEM WEG ZUM MODERNEN STAAT

1 Zeigen Sie, vor dem Hintergrund welcher Ziele und mit welchen Maßnahmen König Ludwig I. von Bayern um die Schaffung eines bayerischen Staats- und Nationalbewusstseins bemüht war! [16 BE]

2 [30 BE]

2.1 MOECHTEN / DIE TEUTSCHEN / NIE VERGESSEN WAS / DEN BEFREIUNGSKAMPF / NOTHWENDIG MACHTE / UND WODURCH SIE / GESIEGT (Zentrale Inschrift in der Befreiungshalle Kelheim)

Legen Sie – ausgehend von der Inschrift – die Haltung König Ludwigs I. zur deutschen Nation dar und erläutern Sie, inwiefern diese Haltung in den von ihm errichteten „Nationaldenkmälern“ zum Ausdruck gebracht wird!

2.2 Erarbeiten Sie die im Niederwalddenkmal (vgl. beigefügten Entwurf) vermittelte nationale Botschaft vor dem Hintergrund der politisch-gesellschaftlichen Situation zur Entstehungszeit des Bauwerks! Vergleichen Sie die Botschaft mit dem nationalen Verständnis König Ludwigs I.!

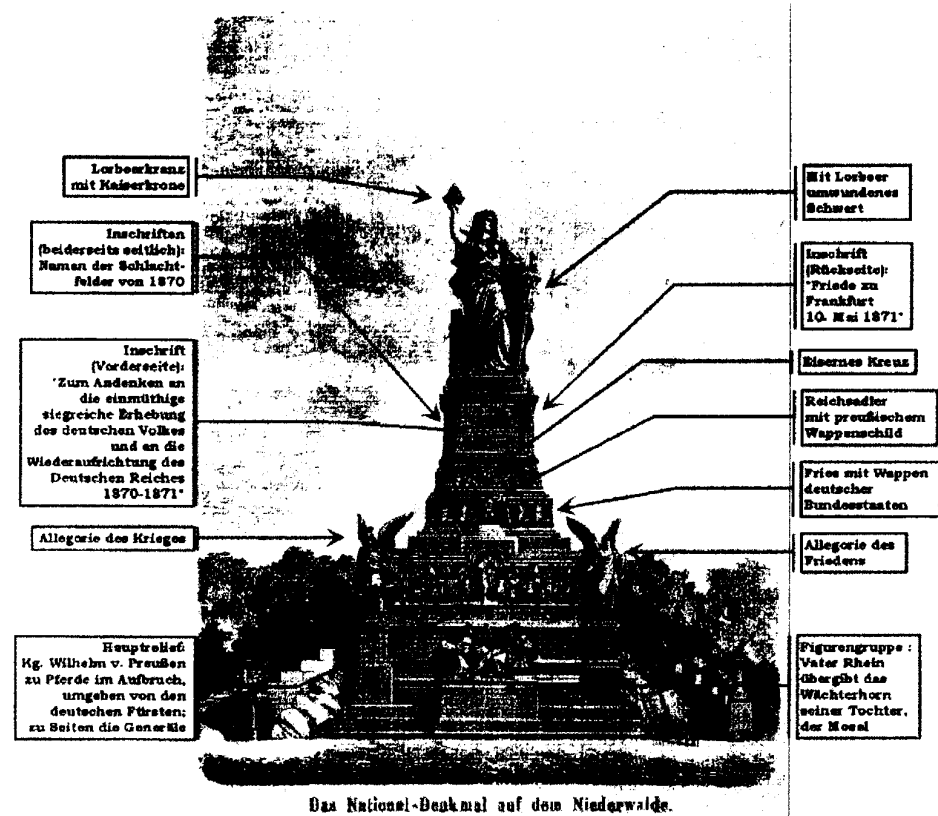
3 Skizzieren Sie die Stellung Bayerns im Deutschen Reich gemäß der Reichsverfassung von 1871! [14 BE]

[Summe: 60 BE]

(Fortsetzung nächste Seite)

Denkmal auf dem Niederwald:

Weitgehend unverändert ausgeführter Entwurf des Bildhauers Johannes Schilling aus dem Jahre 1874 für das Denkmal auf dem Niederwald oberhalb von Rüdesheim a. Rhein (Planung seit 1871, Einweihung 1883)



Das National-Denkmal auf dem Niederwalde.

Titelbild der vom Denkmals-Komitee herausgegebenen Spenden-Sammelliste zum Bau des Denkmals

## II

## DIE NEUORDNUNG EUROPAS UND DIE WEIMARER REPUBLIK

- 1 Nennen Sie zentrale Zielsetzungen der deutschen Außenpolitik seit 1919 und erläutern Sie deren Umsetzung bis 1925 an Beispielen! [12 BE]
- 2 [20 BE]
- 2.1 Erarbeiten Sie aus dem Text, welche Bedeutung der deutsche Botschafter dem Berliner Vertrag für die internationalen Beziehungen Deutschlands zuschreibt!
- 2.2 Ermitteln Sie aus dem Text die Einstellung des Verfassers zum politischen System in Sowjetrußland!
- 3 Skizzieren Sie die Auswirkungen der Revolution in Rußland auf die inneren Verhältnisse in Deutschland im Zeitraum von 1917 bis 1919! [12 BE]
- 4 Legen Sie dar, welche Bedeutung die „polnische Frage“ für die deutsche und die russische Außenpolitik der Zwischenkriegszeit hatte, und erörtern Sie, ob der Hitler-Stalin-Pakt in der Kontinuität der deutschen Politik gegenüber Polen seit 1919 stand! Ziehen Sie gegebenenfalls einen Historischen Atlas zu Rate! [16 BE]

---

[Summe: 60 BE]

(Fortsetzung nächste Seite)

**Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, deutscher Botschafter in Moskau, an Reichspräsident von Hindenburg. Entwurf eines Schreibens vom 8. Juli 1926 über die deutsch-russischen Beziehungen nach Abschluss des „Berliner Vertrags“ am 24. April 1926 (Auszüge)**

- Mein Bestreben seit Übernahme des hiesigen Postens ist von jeher darauf gerichtet gewesen, durch ein enges Verhältnis zu Sowjetrußland ein Gegengewicht gegen den Westen zu schaffen, um nicht – der Ausdruck an sich widerstrebt mir – auf Gnade und Ungnade den Ententemächten ausgeliefert zu sein. Eine reine Freude, mit den hiesigen Herrschaften zu arbeiten, wird es allerdings nie sein. Unser Verhältnis zur Sowjetunion bleibt, wie ich vor Jahren einmal geschrieben habe, stets eine Zwangsheirath; von Neigungsheirat kann nicht die Rede sein. Utopistische Hoffnungen, die von gewissen Kreisen an die deutsch-russischen Beziehungen geknüpft werden, sind daher falsch und gefährlich. Von einem Militärbündnis, wie es mir vor etwa 2 Jahren seitens des hiesigen Ministerpräsidenten Rykow vorgeschlagen wurde, kann nicht die Rede sein, und der Gedanke, dass die russischen „roten Kameraden“ mit Deutschland vereint einmal siegreich Frankreich schlagen werden, ist kindlich. 1812 und 13 werden sich nicht wiederholen. Wir müssen mit den Tatsachen rechnen, wie sie gegeben sind. Wir dürfen nie vergessen, dass hier der Gedanke der Weltrevolution herrscht, wenn er in letzter Zeit auch wesentlich in den Hintergrund getreten ist und gleichzeitig das System sich langsam den praktischen Lebensnotwendigkeiten, allerdings widerstrebend, anzupassen versucht. Von einer „Evolution“ statt einer Revolution kann trotzdem noch nicht entfernt die Rede sein. Wir werden daher jedem Versuch bolschewistischerseits, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands einzumischen, nach wie vor entgegentreten – darüber habe ich aufgrund meines letzten Vortrages bei Ihnen, hochgebietender Herr Reichspräsident, mit Ihrem Einverständnis ebenso wie aus eigener Überzeugung, den maßgebenden hiesigen Persönlichkeiten niemals einen Zweifel gelassen.
- Unser Verhältnis zu Sowjetrußland wird, wie ich es seit Antritt meines Postens aufgefasst habe, stets bis zu einem gewissen Grade gewissermaßen auf Bluff beruhen, d. h. es wird nützlich sein, nach außen, unseren so genannten ehemaligen Feinden gegenüber, den Eindruck einer größeren Intimität mit Rußland zu erwecken, als sie tatsächlich vorhanden ist.
- Politisch ist dieses Ziel durch den deutsch-russischen Vertrag erreicht worden, und da hier unter dem gegenwärtigen Regime die Politik von der Wirtschaft nicht zu trennen ist, hoffe ich, dass auch der im Oktober v. J. [= vorigen Jahres] geschlossene Handelsvertrag, sobald das politische Abkommen sich praktisch auswirkt, positivere Ergebnisse als bisher zeitigen wird. [...]

(Fortsetzung nächste Seite)

Die Enttäuschungen in Genf<sup>1</sup>, die uns nicht erspart wurden und die von mir im November v. J. vorausgesagt waren, haben in den bekannten Wein der deutschen Völkerbundsschwärmer inzwischen das ebenso bekannte Wasser getan. Ob es erst dieser Enttäuschung bedurfte, um den Vertrag mit Russland zu schließen, ist eine Frage, die ich hier unerörtert lasse. Tatsache bleibt, dass der Abschluss des deutsch-russischen Vertrages, sofern dieser von beiden Seiten loyal eingehalten wird, die Folgen, die der nachträgliche Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bezüglich unseres Verhältnisses zu Russland hätte haben können und mit Sicherheit herbeigeführt haben würde, in der Hauptsache aufhebt. Bei der Sprunghaftigkeit und traditionslosen Skrupellosigkeit der hiesigen Regierung wird es allerdings immer schwer sein, den Faden zwischen Berlin und Moskau weiter zu spinnen – ein Draht, wie er früher zwischen Berlin und St. Petersburg bestand, ist er nicht –; trotzdem bleibt ein gutes Verhältnis zu Russland nach meiner Überzeugung für uns das einzige Mittel, dem deutschen Volke die Weltgeltung wieder zu schaffen, die ihm gebührt, und allmählich eine selbstständige auswärtige Politik zu ermöglichen. [...]

Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Vertrag nicht nur die französisch-polnischen Beziehungen weiter verschlechtert, sondern auch die gegenwärtig in Paris stattfindenden russisch-französischen Verhandlungen gestört hat.

Für uns bleibt es jetzt von besonderer Wichtigkeit, die von Polen mit großer Mühe unternommenen Annäherungsversuche an Russland auf wirtschaftlichem Gebiete und gewisse Tendenzen, die sich schon früher bemerkbar machten, die Ostgrenzen Polens mit Russland vertragsmäßig festzulegen, zu verhindern; ich habe bereits andeutungsweise mit Tschitscherin<sup>2</sup> in dieser Richtung gesprochen und bin bis zu einem gewissen Grade beruhigt nach einer Bemerkung, die während der Erkrankung des Volkskommissars, Litwinow<sup>3</sup> mir gegenüber machte; er hat leider einen mehrmonatigen Erholungsurlaub angetreten; unmittelbar vor seiner Abreise sagte er mir aber in einer sonst hier nicht üblichen herzlichen Form etwa wörtlich: „Eigentlich haben wir in den letzten vier Jahren die Hauptfragen erledigt. Was noch übrig bleibt, ist eine endgültige Verständigung über Polen.“ Ich habe ihm darauf erwidert, dass ich im Einverständnis mit meiner Regierung jederzeit gerne dazu bereit sei.

<sup>1</sup> Gemeint ist das Scheitern der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund während der außerordentlichen Versammlung im März 1926.

<sup>2</sup> Tschitscherin, Georgi W. (1872-1936): sowjetischer Außenminister

<sup>3</sup> Litwinow, Maxim M. (1876-1951): sowjetischer Außenpolitiker

## III

DEUTSCHLAND UNTER DEM NATIONALSOZIALISMUS –  
INTERNATIONALE POLITIK UND ZWEITER WELTKRIEG

- 1 Erarbeiten Sie aus dem Text die Intentionen, die Hitler mit seiner „Lösung“ für das Jahr 1939 verfolgt! [10 BE]
- 2 [22 BE]
- 2.1 Skizzieren Sie – gegebenenfalls unter Einbeziehung des Textes – Hitlers Einstellung gegenüber der Weimarer Republik!
- 2.2 Hitler behauptet, dass das NS-Regime „in den ersten fünf Jahren seit 1933 vorwiegend [die] Überwindung der inneren, politischen, sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Not“ des deutschen Volkes bewirkt habe.  
  
Beurteilen Sie diese Behauptung, indem Sie Maßnahmen Hitlers im genannten Zeitraum charakterisieren!
- 3 Stellen Sie die von Hitler angeführten außenpolitischen Erfolge des Jahres 1938 dar und diskutieren Sie, inwiefern die Haltung Englands und Frankreichs seit 1933 zu diesem Erfolg beigetragen hat! [12 BE]
- 4 Erörtern Sie die Frage, weshalb die außenpolitische Entwicklung 1939 im Unterschied zu 1938 in einen Krieg mündete! [16 BE]

[Summe: 60 BE]

(Fortsetzung nächste Seite)

**Adolf Hitler zum Jahreswechsel 1938/39, in: „Die Mädelchaft – Blätter für Heimabendgestaltung im BDM“, Februar 1939**

Das neue Jahr hat als Auftakt die Losung des Führers 1939:

In tiefer Dankbarkeit gegenüber dem gnädigen Wirken der Vorsehung verlässt das nationalsozialistische Deutschland das Jahr 1938. In ihm geht nicht nur das sechste Jahr der nationalsozialistischen Revolution und der durch sie errichteten neuen Volks- und Staatsführung zu Ende, sondern vor allem das ereignisreichste Jahr der Geschichte unseres Volkes seit vielen Jahrhunderten. Wenn die Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung und unserer Partei in den ersten fünf Jahren seit 1933 vorwiegend der Überwindung der inneren, politischen, sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Not unseres Volkes galt, dann gelang es in den hinter uns liegenden zwölf Monaten, das größte Problem unserer außenpolitischen Lage zu lösen.

Wer wird angesichts des heute aufgerichteten Großdeutschen Reiches nicht in bewegter Ergriffenheit zurückdenken an das, was wir vor sechs Jahren vorfanden? Und wer will nach einem so unerhörten Wandel im Leben eines Volkes noch länger die Richtigkeit der angesetzten Kräfte sowohl als der angewandten Methoden bestreiten? Wenn der Herrgott dieses Werk gelingen ließ, dann war die Partei sein Werkzeug.

Die durch den Nationalsozialismus erfolgte Aufrichtung einer neuen Volksgemeinschaft und eines unerschütterlichen politischen Regimes gestatten es mir auch, den Aufbau der neuen deutschen Wehrmacht durchzuführen. Sie hat in diesem Jahr ihre ersten großen Bewährungsproben abgelegt. Offizier und Mann wetteiferten miteinander im Einsatz für das nationalsozialistische Großdeutsche Reich. Das deutsche Volk aber ist wieder stolz auf seine Soldaten!

Mein besonderer Dank gilt den Hunderttausenden, die die Westfront des Reiches mit jenem Wall von Panzer und Beton umgeben haben, von dem wir wissen, dass keine Macht der Welt ihn jemals aufbrechen wird.

Der Fleiß des deutschen Bauern hat uns dabei die Ernährung des deutschen Volkes sichergestellt. Der deutsche Arbeiter aber hat es fertig gebracht, in unserer Wirtschaft die Produktion auf das Außerordentlichste zu steigern. So hat die nationalsozialistische Volksgemeinschaft auf allen Gebieten ihres reich gegliederten Lebens in dem zurückliegenden Jahre gutgemacht, was Jahrzehnte, ja Jahrhunderte vorher an unserem Volke sündigten.

## IV

**INTERNATIONALE POLITIK UND ZWEITER WELTKRIEG –  
BEDINGUNGEN UND PROBLEME DES NEUBEGINNS NACH DEM  
ENDE DES KRIEGES**

- 1 Kennzeichnen Sie die Situation im Nachkriegsdeutschland des Jahres 1945! [12 BE]
- 2 [22 BE]
- 2.1 Ermitteln Sie die zentralen Aussagen Kurt Schumachers in M1 und Konrad Adenauers in M2 und vergleichen Sie die deutschlandpolitischen Vorstellungen der beiden Politiker!
- 2.2 Überprüfen Sie die Umsetzbarkeit der jeweiligen Vorstellungen aus dem Jahr 1945 vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung bis 1949!
- 3 Zeigen Sie auf, wie die Außenpolitik Konrad Adenauers dem Sicherheitsbedürfnis der westlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er Jahren gerecht zu werden versuchte! [10 BE]
- 4 Erörtern Sie, ausgehend von der Aussage Schumachers in Z. 4, inwieweit man bei der Neuordnung von Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg von „Neubeginn“ bzw. „Kontinuität“ sprechen kann! [16 BE]

---

[Summe: 60 BE]

(Fortsetzung nächste Seite)

**M1: Kurt Schumacher: Programmatischer Entwurf „Konsequenzen deutscher Politik“, Juli 1945 (Auszüge)**

Man kann das deutsche Problem nicht allein vom deutschen Standpunkt und unter deutschem Gesichtswinkel regeln. Es gibt keine deutsche Frage, die nicht zugleich eine europäische Frage wäre. Auch für die internationale Politik gilt die Erkenntnis, dass man eine Welt nicht mit altem Material neu bauen kann und dass eine weltrevolutionäre Umstürzung der Verhältnisse auch geänderte Methoden verlangt.

Dabei betrachtet sich die Sozialdemokratische Partei gerade wegen ihrer betonten Internationalität als die Vertretung der gesamten Nation. Sie ist wohl die einzige Partei in Deutschland, die der Vorwurf nicht treffen kann, dass sie sich zu den Grundsätzen des Rechts und der Vernunft erst in der Stunde der Niederlage gefunden habe. Sie erhebt ohne jede nationalistische Hysterie und ohne die bei den Deutschen der letzten Jahre übliche Arroganz den Anspruch auf die nationale Geltung des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratische Partei fühlt sich nicht belastet und ist auch nicht belastet und will ihren Teil dazu tun, dem deutschen Volk die Achtung und die Sympathien zu verschaffen, die auch diesem Volk wieder gebühren werden, wenn es die grauenhaften Verzerrungen und Entartungen seiner Geschichte überwunden hat. Die Sozialdemokratische Partei setzt alles daran, Deutschland als abgeschlossenes nationales und wirtschaftliches Ganzes im Rahmen des europäischen Gleichgewichts und der europäischen Notwendigkeit zu erhalten. Eine Politik der Aufteilung und Zerstörung würde sich antieuropäisch auswirken. [...]

Die Sozialdemokratie kann sich ein neues Deutschland nicht als ein isoliertes und nationalistisches Deutschland vorstellen. Sie kann sich Deutschland überhaupt nur als einen Bestandteil Europas denken. Aber sie will dieses Deutschland dann nicht als Paria, sondern als gleichwertig.

(Fortsetzung nächste Seite)

**M2: Konrad Adenauer: Brief an den Bürgermeister von Duisburg, Dr. Heinrich Weitz, 31. Oktober 1945 (Auszüge)**

Russland hat in Händen: die östliche Hälfte Deutschlands, Polen, den Balkan, anscheinend Ungarn, einen Teil Österreichs. Russland entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Ländern völlig nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten Ländern herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist die Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache.

In Westeuropa sind die führenden Großmächte England und Frankreich. Der nicht von Russland besetzte Teil Deutschlands ist ein integrierender Teil Westeuropas. Wenn er krank bleibt, wird das von schwersten Folgen für ganz Westeuropa, auch für England und Frankreich sein. Es liegt im eigensten Interesse nicht nur des nicht von Russland besetzten Teiles Deutschlands, sondern auch von England und Frankreich, Westeuropa unter ihrer Führung zusammenzuschließen, den nicht russisch besetzten Teil Deutschlands politisch und wirtschaftlich zu beruhigen und wieder gesund zu machen. [...] Dem Verlangen Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit kann auf die Dauer nur durch wirtschaftliche Verflechtung von Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland wirklich Genüge geschehen. Wenn England sich entschließen würde, auch an dieser wirtschaftlichen Verflechtung teilzunehmen, so würde man dem doch so wünschenswerten Endziele, Union der westeuropäischen Staaten, ein sehr großes Stück näher kommen.

Zum staatsrechtlichen Gefüge des nicht von Russland besetzten Teiles Deutschlands: Ein vernünftiges staatsrechtliches Gefüge besteht zur Zeit überhaupt nicht, es muss wiederhergestellt werden. Die Schaffung eines zentralisierten Einheitsstaates wird nicht möglich, auch nicht wünschenswert sein, der staatsrechtliche Zusammenhang kann lockerer sein als früher, etwa in der Form eines bundesstaatlichen Verhältnisses.